

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Antje-Marie Steen MdB
zu einem skandalösen
Urteil des Amtsgerichts
Flensburg: Behinder-
tenfreie Zone Speise-
saal.

Seite 1

Universitätsprofessor
Dr. jur. Erich Küchen-
hoff zur Gestaltung des
Diskussionsprozesses
in einem sozialdemo-
kratischen Gremium:
Meinungsbildung
durch Strichlisten-De-
moskopie.

Seite 2

Horst Niggemeier MdB
zur Notwendigkeit, die
Effizienz einer hoch-
gelobten Waffe zu
überprüfen: Täu-
schungsmanöver um
die Patriot-Rakete?

Seite 4

Horst Kubatschka MdB
zu den Zukunftsplänen
der Deutschen Bun-
desbahn: Auf dem Weg
zum kleinen, aber fei-
nen Verkehrsverein.

Seite 6

47. Jahrgang / 192

6. Oktober 1992

Behindertenfreie Zone Speisesaal **Zu einem skandalösen Urteil des Amtsgerichts Flensburg**

Von Antje-Marie Steen MdB

Urlaub nur für den, der jung, fit und schön ist?

Urlaub in abgeschotteten Ghettos für alle die, die dem genormten Schönheits- und Gesundheitsideal nicht entsprechen?

Welche Arroganz gegenüber menschlichem Leben, welcher Zynismus spricht aus dem Urteil des Amtsgericht Flensburg das für die "Qualen des Anblicks von Rollstuhlfahrern im Urlaubsspeiserestaurant" eine finanzielle Entschädigung einfordert!

Ein heftiger Schlag ins Gesicht all' derjenigen, die sich intensiv bemühen um das wahrlich elementare Grundrecht auf Integration und Anerkennung aller Menschen in ein soziales gesellschaftliches Gefüge.

Was geschieht, wenn der Richter am Amtsgericht Flensburg einen Unfall erleidet und überlebt - querschnittsgelähmt und an den Rollstuhl gefesselt?

Für wahr, wir wünschen es ihm nicht und niemandem sonst. Doch wer ist wirklich davor gefeit? Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Eigenverdienst, keine Auszeichnung!

Die Selektierer und Aussonderer dürfen nicht wieder auferstehen. Solidarität und ein selbstverständlicher Umgang der Menschen miteinander gehört zu den wichtigsten Elementen einer lebendigen Demokratie.

Immer noch bleibt ein Drittel der Bevölkerung im Urlaub zu Hause. Das Ziel, behinderten und benachteiligten Menschen die Möglichkeit des Verreisens zu eröffnen, ist unverändert aktuell. Der Deutsche Bundestag hat bereits vor über zwei Jahren eine über alle Fraktionen hinweg gemeinsame Beschlußempfehlung herausgegeben, die ein Bündel von Maßnahmen enthält, um die Integration behinderter Menschen im Urlaub zu verbessern.

Trotz zahlreicher Bemühungen müssen die Betroffenen immer noch gegen eine Fülle von Hemmnissen und Einschränkungen ankämpfen. Die Umsetzung lückenloser Transportketten, barrierefreier Zugang zu Unterkunftsmöglichkeiten und Sehenswürdigkeiten und vieles mehr lassen weitgehend immer noch sehr zu wünschen übrig.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Dienst
mit wertschöpfender
Reisebüro-Funktion



Um den Anliegen der Menschen endlich Gehör zu verschaffen und einer Umsetzung ihrer Forderungen Nachdruck zu verleihen, werde ich im Auftrag der SPD-AG Fremdenverkehr demnächst die Große Anfrage "Reisemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen" an die Bundesregierung stellen.

Wir wollen abklopfen, wie engagiert sich die Bundesregierung wirklich für die Belange behinderter Menschen einsetzt, welche Maßnahmen dringlichst umzusetzen sind. Ein verbales Engagement, wie in der Beschlussempfehlung, reicht nicht aus. Nach vielen Gesprächen mit betroffenen Menschen sehe ich den Handlungsbedarf unvermindert groß!

Ein Urteil, wie das des Flensburger Amtsgerichts, ist für mich empörend und kaum zu begreifen. Wir dürfen einen derartig menschenverachtenden Zeitgeist nicht zulassen! Die Ideologie der "schönen heilen Welt" mit ihrer Gesamtheit des Glücks der "Gesunden" und "Normalen" ist eine finstere Utopie, die als Kehrseite der Medaille Ausgrenzung, Diskriminierung, Mißachtung der Menschenwürde aufweist.

Im Einklang mit Behindertenorganisationen und vielen anderen engagierten Menschen fordere ich die sofortige Aufhebung dieses skandalösen Urteils. Auch wir als PolitikerInnen sind nun dringlich gefordert, initiativ zu werden! Wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bemühungen um uneingeschränkte Integration behinderter Menschen in allen Lebensbereichen und um ein Umdenken in Verhalten- und Denkweisen hin zu einem selbstverständlichen Umgang mit Menschen, wie immer sie geartet sein mögen.

(-/6. Oktober 1992/rs/ks)

Meinungsbildung durch Strichlisten-Demoskopie

Zur Gestaltung des Diskussionsprozesses in einem sozialdemokratischen Gremium

**Von Universitätsprofessor Dr. jur. Erich Küchenhoff
Mitglied des SPD-Parteirats und des ASJ-Bundesvorstandes**

Die Medien-Berichterstattung über die Parteiratssitzung vom 29. September enthielt nicht nur die inzwischen aufgeklärte unrichtige Angabe über eine 2/3-Zustimmung dieses "höchsten Gremiums zwischen den Parteitagen" zur sogenannten Kursschwengung der Parteispitze sondern gab auch andere Inhalte und Vorgänge jener nichtöffentlichen Sitzung unrichtig oder unzulänglich wieder. Da der Parteiratsvorsitzende auf den öffentlichen Vorwurf falscher Ergebnis-Wiedergabe nur erwidert hat, bei seiner Strichlisten-Demoskopie habe es sich um seine persönliche Einschätzung gehandelt, sich also zu einer selbstkritischen Richtigstellung nicht bereit fand, ist diese nun auch auf diesem Wege geboten.

Persönliche Einschätzung und objektive Tatsachen

Wird die Öffentlichkeit durch förmliche Pressekonferenzen über Verlauf und Ergebnis der nichtöffentlichen Sitzung eines wichtigen Gremiums durch dessen Vorsitzenden, Sprecher o.ä. unterrichtet, müssen dem soweit wie möglich objektive Kriterien zugrundegelegt werden. Die persönliche Einschätzung anhand einer während und zwischen der Verhandlungsleitung selbst und nicht durch einen Stellvertreter oder Protokollanten geführten digitalen Strichliste über das Ja oder Nein zur "Kursschwengung" im Rahmen von ihrerseits nicht so digitalisierten sondern durchaus differenzierten und vielschichtigen Diskussionsbeiträgen verändert schon formal deren Sinn in unzulässiger Willkür. Sie berücksichtigt weder die gerade vom Vorsitzenden sorgfältig kontrollierte Begrenzung der Redezeit zum Referat des Parteivorsitzenden auf fünf Minuten noch die umfassende Formulierung seines Themas "Die deutsche Einheit verwirklichen - Verantwortung für Deutschland tragen" Der Entwurf des SPD-Sofortprogramms noch den Verzicht prominenter Gegner der Kursschwengung auf eine Wortmeldung noch die

durchaus gleiche Stärke des besonders großen Beifalls für die Ausführungen der Vertreter gegensätzlicher Positionen wie Herbert Schnoor und Hans-Jochen Vogel.

Meinungsbild und Abstimmung

Die offizielle Bekanntgabe der Strichlisten-Einschätzung ist auch wegen ihrer Kennzeichnung als "Meinungsbild" problematisch, weil auch dieser Begriff im Partei- und sonstigen Verbandsleben durchweg für Abstimmungen verwandt wird, die zwar formal folgenlos bleiben und keinen förmlichen Entscheidungscharakter besitzen, aber als Abstimmungen gerade eine vorausgegangene Diskussion auf einen in Stimmenteilen ausgedrückten Punkt bringen sollen. Auf eine solche Abstimmung wurde aber in dieser Parteiratssitzung gerade verzichtet, und zwar nicht am Ende aus Zeitmangel sondern kraft bewußter anfänglicher Festlegung.

Engholm-Kommission und Parteirats-Arbeitsgruppe

Eine förmliche Abstimmung gab es allerdings doch im Rahmen der Parteiratsdiskussion über die Kursschwenkung zum Asylrecht: Im Kontrast zu der vom Parteivorsitzenden berufenen Kommission von persönlichen Beratern und Formulierungshelfern für den Text einer Grundgesetzänderung setzte der Parteirat eine richtungsparitätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe mit dem Auftrag ein, "ausgehend vom Parteiratsbeschluß vom 12. Mai 1992, die kontroversen Positionen zum Zuwanderungsproblem und zur Veränderung des Grundgesetzes so aufzuarbeiten und darzustellen, daß eine sachliche Diskussion auf dem Außerordentlichen Parteitag möglich wird". Die paritätische Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe und die überwältigende Mehrheit des Parteirats für ihre Einsetzung mit diesem Auftrag zeigen mit besonderer Deutlichkeit die Unrichtigkeit der hier kritisierten Strichlisten-Demoskopie, nicht zuletzt auch deshalb, weil der einstimmige Parteiratsbeschluß vom 12. Mai ausschließlich eine Grundgesetzänderung zum Zwecke "Europäischer Harmonisierung" in Betracht zog, und auch dies nur unter der Voraussetzung eines Entgegenkommens der anderen EG-Mitglieder.

Digitalisierung vielschichtiger Thematisierung

Eine Ja/Nein-Strichliste wird auch nicht der Vielschichtigkeit gerecht, mit der die meisten Diskussionsbemerkungen angelegt waren. Eine ganze Reihe von ihnen nahm ausdrücklich überhaupt nicht Stellung zur Asylrechts-Kursschwenkung sondern hielt sich an die eigentliche Thematik: "Die deutsche Einheit verwirklichen - Verantwortung für Deutschland tragen", kritisierte die Umgewichtung auf die Zuwanderungsproblematik oder gar nur auf die Grundgesetzänderung. Andere verbanden solche nur zu berechnete Kritik mit einer besonderen Loyalitätsbekundung für den Parteivorsitzenden. Wo erscheinen solche Beiträge eigentlich auf der Strichliste? Von entsprechenden Lücken dort hat man nichts gehört.

Zuwanderungsproblem und Änderung des Asylgrundrechts

Diejenigen Diskutanten, die zur Grundgesetzänderung sprachen, betonen durchweg, daß die Zuwanderung von Asylbewerbern nur einer der Teile der Zuwanderungsproblematik ist, und daß sich politisch verfolgte Asylbewerber von den anderen Zuwanderern als Armut- und Not- sowie Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, von Aussiedlern, Familienzuwanderern und schlichten Einwanderern zwecks Verbesserung ihres Lebensstandards in rechts- und verfassungsrechtlicher Weise unterschieden und ihre Probleme unterschiedlich geregelt werden müßten. Auch solche dringend weitester Verbreitung in die Öffentlichkeit bedürftige Aufklärung, die Absage an die populistische Rubrizierung aller so verschiedener Problematik unter den negativ besetzten Begriff "das Asylproblem" oder gar "Asylantenproblem" fand auf der digitalen Strichliste keinen Platz.

Populistische Meinungspolitik

Dafür vergiftet die populistische Demagogie mit "dem Asylproblem" weitgehend die Meinungsbildung. Die populistische These von der angeblichen Notwendigkeit, zur Lösung "des Asylproblems" das Grundgesetz ändern zu müssen, hat mehrere Funktionen:

- den Bürgerinnen und Bürgern Probleme einzureden, welche die meisten gar nicht berühren: wenn die Politiker sogar das Grundgesetz ändern wollen, dann muß es ja mit den Asylanten schlimm aussehen!

- sich ihnen wegen solcher besonderen politischen Leistung für die nächste Wahl zu empfehlen: die nehmen unsere Sorgen jedenfalls noch ernst!
- abzulenken vom Versagen der eigenen Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Dauerhochkochen eines scheinbar einfachen Themas!
- Sündenbockstempeln der "Asylanten" als Arbeitsplatz- und Wohnungskauf trotz oder wegen eigener Schuld an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot!
- Sündenbockstempeln der politischen Gegner, die auf solche Demagogie (noch) nicht hereingefallen sind!
- Werben um "gesellschaftlichen Kompromiß und Konsens", damit die Demokratie nicht dadurch Schaden nimmt, daß die Rechtsradikalen stärker werden, obwohl diese doch gerade durch die konservative "Asylanten"-Demagogie stärker geworden sind, wie die letzten Landtagswahlen und die Stadtratswahlen in Passau gezeigt haben.

Unionakonsens und Verfassungstreue

Tatsächlich sind Parteiratsdiskutanten für die Kursschwenkung schon auf solche Unions-Demagogie hereingefallen. Sie gaben offen zu, daß eine Änderung des GG-Artikels 16 II 2 juristisch nicht nötig sei, entscheidend sei die politische Notwendigkeit eines "gesellschaftlichen Kompromisses", eines "gesellschaftlichen Konsenses" mit der Union, damit die Demokratie nicht zu Schaden käme und sich nach der nächsten Wahl ganz anders um "die Asylfrage" kümmern würden.

Welch mangelndes Selbstvertrauen in die eigene Kraft zu Aufklärung und Vertrauensarbeit!

Welch mangelndes Kenntnisnehmen, daß die Union noch jedes Nachgeben mit erneutem Draufsatteln quittiert und den Bürgern erfolgreich klargemacht hat, daß sie lieber das Original als die Kopie wählen sollten!

Welch mangelnde Einsicht, daß sich auch die kriminellen Gewalttäter von Hoyerswerda, Rostock, Quedlinburg, Wismar und Hünxe durch eine Verfassungsänderung nicht beschwichtigen sondern nur zu neuen Taten stimulieren lassen!

Verfassungsänderung und Verfassungstexte

Wo bleibt schließlich die Einsicht in den Selbstwiderspruch der Forderungen nach GG-Änderung bei gleichzeitigem Aufrechterhalten des Asylgrundrechts für nachweislich wirklich politisch Verfolgte? Nicht mehr und nicht weniger als eben ein solches Asylrecht besagen die vier Wörter in Artikel 16 II 2: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Diese vier Wörter sind für keine der Belastungen ursächlich, die unter dem demagogisch falschen Namen "Das Asylproblem" zu Unruhe und Unruhen führen. Ursächlich sind vielmehr die vielfältigen Blockaden von Verfahrensbeschleunigungen durch die Bundesregierung und das Hineindrängen offensichtlich nicht politisch Verfolgter in das Asylverfahren und ihre Betreuung mit Geld- statt Sachleistungen durch Landes- und Kommunalpolitiker aus purem Haushaltsegoismus.

(-/6. Oktober 1992/rs/ks)

Täuschungsmanöver um die Patriot-Rakete?

Zur Notwendigkeit, die Effizienz dieser Waffe zu überprüfen

Von Horst Niggemeyer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Bahnt sich da die Aufdeckung eines großen Täuschungsmanövers der amerikanischen Militärs gegenüber dem Congress und auch der internationalen Öffentlichkeit an? Diese Frage stellt sich, nachdem in einem offiziellen Report des amerikanischen Congresses jetzt über die Erfahrungen aus dem Golf-Krieg mitgeteilt wird, daß es nur für neun (!) Prozent der von der US-Armee gemeldeten Treffer von Patriot-Raketen gegen die irakischen Scud-Raketen harte Be-

weise gibt. Mit anderen Worten: Für 91 Prozent der gemeldeten Treffer liegen keine überzeugenden Bestätigungen vor.

Die Zweifel an der hohen Treffgenauigkeit der allseits bewunderten und hochgelobten Patriot-Raketen werden durch Äußerungen des US-Rechnungshofes erhärtet, wonach die Prüfung der Berichte über die Trümmer von abgeschossenen Scud-Raketen und der Radar-Aufzeichnungen über explodierte Scud-Raketen ergeben hat, daß nur vier (!) Scud-Raketen durch Patriot abgeschossen wurden.

Der Congress-Abgeordnete John Conyers von den Demokraten aus Michigan hält da nach Bekanntwerden des Congress-Reports mit massiver Kritik nicht zurück:

Das amerikanische Parlament und die Öffentlichkeit wurden nach seiner Meinung durch das Pentagon hinsichtlich der Behauptungen irreführt, wonach das Waffensystem Patriot eine hohe Trefferrate habe.

Da auch bei der Bundeswehr das überaltete Flugabwehrsystem NIKE/Hercules durch das Waffensystem Patriot ersetzt wird - die ersten Flugabwehraketen-Staffeln sind bereits mit diesem System ausgerüstet - stellt sich die Frage, ob auch das deutsche Parlament und die deutsche Öffentlichkeit im Hinblick auf die Fähigkeiten dieses Systems der Flugabwehr mit solchen Überraschungen rechnen muß, wie das zur Zeit in den USA der Fall ist. In einem Ernstfall wäre es eine tödliche Gefahr, die Wirksamkeit des eigenen Waffensystems völlig überschätzt zu haben.

Immerhin sind wir für die Anschaffung und Unterhaltung des Patriot-Systems Milliardenbeträge notwendig. Bei diesem Deal hat die Annahme gegolten, daß es sich hierbei um ein System mit nahezu hundertprozentiger Treffgenauigkeit handelt.

Den Patriot-Mannschaften ist der vor Selbstwertgefühl strotzende Begriff beigebracht worden "fire and forget", alles nach dem Motto, daß eine abgefeuerte Patriot-Rakete sozusagen naturnotwendigerweise gleichbedeutend mit einem getroffenen feindlichen Flugkörper sei.

Daß über diese optimistische Beschreibung der Waffen-Wirksamkeit zumindest einige Zweifel angebracht sind, läßt sich nach dem Report des US-Congresses und den Erkenntnissen des US-Rechnungshofes nicht bestreiten.

Es ist deshalb dem Bundesrechnungshof zu empfehlen, den Report seiner Kollegen in Washington über die Wirksamkeit des Waffensystems Patriot anzufordern, zu prüfen und die Hardthöhe zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Nichts gegen ein neues Waffensystem zur Verbesserung unserer Luftverteidigung und auch nichts gegen Patriot, aber alles gegen den Versuch, das Parlament und unsere Soldaten glauben zu machen, daß die neuen Patriot-Raketen nach dem sicherheitsvermittelnden Motto "Jeder Schuß ein Treffer" abgefeuert werden könnten.

Damit kein falsches Sicherheitsgefühl produziert wird, ist es für die Bundesrepublik mehr als geboten, die Golfkrieg Erfahrungen mit den Patriot-Raketen auch dann auszuwerten, wenn es sich bei den in der Bundesrepublik dislozierten Patriot-Raketen um solche mit einer anderen Konfiguration handelt. Hinzu kommt noch die ganz simple Feststellung, daß auch im Bereich der Rüstungsbeschaffung der alte Grundsatz gilt, wonach man für gutes Geld auch gute Ware verlangen kann. Deshalb muß es der Bundesregierung darum gehen, schnellstens Klarheit darüber zu schaffen, welchen tatsächlichen militärischen Wert die in der Bundesrepublik stationierten Patriot-Raketen darstellen.

(-/6. Oktober 1992/rs/ks)

**Auf dem Weg zum kleinen, aber feinen Verkehrsverein
Zu den Zukunftsplänen der Deutschen Bundesbahn**

Von Horst Kubatschka MdB

Das Zauberwort "Regionalisierung" geistert immer wieder bei der Diskussion über die Reform der Bundesbahn durch die Parteien und Medien.

Damit soll in Zukunft die Zuständigkeit für den Nahverkehr vom Bund auf die Länder, Landkreise und Städte übertragen werden. Der Landrat und der Oberbürgermeister als zukünftiger Bahnchef! Die einen erhoffen sich dadurch eine kundennahe Bedienung und erhöhte Benutzung der Bahn, die anderen wollen den Bund entlasten und die Kosten in Milliardenhöhe auf Länder und Gemeinden abwälzen.

Die Bundesregierung ist zwar bereit, Milliardenbeträge (5,4 Milliarden), mit denen sie bislang den defizitären Schienennahverkehr der Bundesbahn unterstützt hat, künftig den Ländern und Kommunen zukommen zu lassen. Doch diese Gelder reichen schon jetzt nicht, es klafft ein Milliardenloch. Im Öffentlichen Nahverkehr droht deshalb ein Kahlschlag ohnegleichen.

Bedeutsame Nebenstrecken wurden von der Bundesbahn heruntergewirtschaftet und absichtlich vernachlässigt. Die Bahnhöfe an diesen Strecken sind teilweise in einem erschreckenden Zustand. Auch das "rollende Material" entspricht bei weitem nicht den modernen Komfortansprüchen der Reisenden und läßt nicht gerade zur Benutzung ein.

Als Beispiel möchte ich hier nur die niederbayerische Rottalbahn, die übrigens mit knapp hundert Kilometern die längste Nebenstrecke Bayerns ist, nennen. Diese eingleisige Bahnverbindung zwischen Mühldorf und Passau hat die Deutsche Bundesbahn systematisch verrotten lassen. Die jetzt zu befürchtende Stilllegung dieser Strecke wäre ein schwerer Schlag für das bekannte niederbayerische Bäderdreieck. Außerdem wäre diese Region dann auf Gedeih und Verderb dem Straßenverkehr ausgeliefert.

Die Bundesbahn will lediglich die attraktiven Fernstrecken zwischen den Ballungsräumen betreiben und den unrentablen und defizitären Nahverkehr den Gebietskörperschaften überlassen. Dies ist der Beginn einer Entwicklung der Deutschen Bundesbahn zu einem "kleinen aber feinen Verkehrsverein", der zwar die großen Zentren verbindet, dabei aber, bis auf einige Feigenblätter, das flache Land seinem Schicksal überläßt.

Um der drohenden Entwicklung entgegenzutreten, muß deshalb vor einer Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs sichergestellt sein, daß Schienenwege auf dem flachen Land dem Standard der Fernstrecken entsprechen. Die Kosten für den Ausbau hat der Bund zu tragen. Des weiteren müssen durch eine Änderung des Finanzausgleiches den Gebietskörperschaften ausreichende zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt werden, die jährlich zu dynamisieren sind.

(-/6. Oktober 1992/rs/ks)
